

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Abonnement 1.80 RM., 3 Monate 5.00 RM., 6 Monate 9.00 RM., 1 Jahr 16.00 RM., bei Vorzahlung im Voraus 1.00 RM. Einzelnummern 10 Pf. Sonntagsausgabe 20 Pf. Abonnement für den Ausland: 1.00 RM. pro Monat. Postamt Frankfurt a. M. Nr. 10. Telephon: 2322. Telegramm: Frankenberg/12.

Abgabeort: Der Wert beträgt für die 35 von heute einseitig...  
Abgabeort: Der Wert beträgt für die 35 von heute einseitig...  
Abgabeort: Der Wert beträgt für die 35 von heute einseitig...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Elbha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Nebelweisla.  
Rotationsdruck und Verlag: G. G. Koberg (Inhaber Ernst Koberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegel, Frankenberg.

Nr. 232 Freitag den 3. Oktober 1924 nachmittags 83. Jahrgang

## Die Verhandlungen zur Umbildung des Reichskabinetts

Die Verhandlungen des Reichskanzlers Dr. Brüning zur Umbildung der Reichsregierung werden vor Witten nächster Woche kaum zu irgendeinem Resultat führen können. In den maßgebenden parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß jetzt die grundsätzliche Entscheidung darüber fällt, ob eine Erweiterung des Kabinetts möglich ist oder der gegenwärtige Reichstag infolge der Unmöglichkeit einer regierungsfähigen Konstellation der Auflösung verfallen muß. Die Gefahr einer Reichstagsauflösung darf keineswegs unterschätzt werden. So kann nicht daran gezweifelt werden, daß es Reichskanzler Dr. Brüning mit seiner Mission sehr ernst nimmt und bis zum letzten Augenblick bemüht sein wird, zwischen den einzelnen Parteien zu vermitteln.

Vor dem Empfang der Parteiführer.  
Der angekündigte Empfang der Führer der Regierungsparteien beim Reichskanzler fand Donnerstag nachmittag in der Reichskanzlei statt. Im Laufe des Vormittags tagten die Fraktionsvorsitze der Regierungsparteien in getrennten Sitzungen, um die Besprechungen vorzubereiten. Das Zentrum entsandte zu den Besprechungen die Abgeordneten Fehrenbach, Becker, Arnberg und u. Guérard, die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, Dr. Bapf und Dr. Curtius, die Demokraten Erlenz, Dr. Haas und Reluath. Der Parteivorsitzende Dr. Koch wird erst am 11. d. M. von seiner Italienreise zurückkehren. Die Besprechungen mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen werden das Ende der Woche ausfallen.

Der Reichskanzler wird bestimmte Richtlinien vorlegen, die die Grundzüge der Politik einer Regierung der Volksgemeinschaft bilden werden, wie sie ihm vorschwebt. Der Kernpunkt dieses Programms wird in der Durchführung des Londoner Paktes liegen.

### Dr. Luther in London.

Die Unterhandlungen nehmen einen bestrebigen Verlauf, sie sind aber naturgemäß, da es sich um Vereinbarungen mit einer ganzen Reihe von Ländern oder Völkern handelt, nicht von heute auf morgen zu erledigen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat in London im Carlton-Hotel, wo auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht wohnt, Wohnung genommen. Er hat seine Arbeiten sofort begonnen und sich in einer Reihe von Besprechungen über den Stand der Dinge unterrichtet. Wasas meldet in Uebereinstimmung mit Reuters aus London, daß die Verhandlungen über die 800-Millionen-Anleihe mit Dr. Schacht sich günstig entwickeln. Der amerikanische Anteil an der Anleihe wird 100 Millionen Dollar betragen. Der britische Anteil 10 bis 15 Millionen Pfund Sterling. Dr. Luther wird zum Abschluß der Verhandlungen erwartet. Die Anleihe dürfte im Oktober, wahrscheinlich Mitte Oktober, ausgedruckt werden. Der amerikanische Anteil wird in Dollar und der englische in Pfund Sterling ausgedruckt.

## Die Wirtschaft im Entscheidungskampf.

Die Gesamtheit der vielen Weidungen mit wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Einschlag, die augenblicklich die Tageszeitungen erfüllen und von Handelsvertragsverhandlungen, Schutzzöllen und Freihandelsfragen, Verbilligungsgesetzen und Kreditpolitik, Arbeitszeitbestimmungen und Ein- und Ausfuhrstatistik berichten, zeigt wohl, wie sehr man im Einzelnen die Wichtigkeit der Vorgänge zu bewerten weiß. Der vielen Dazwischen aber geht über der Fülle des Einzelmaterials der Uebersicht verloren und fehlt damit die Erkenntnis der inneren Verbundenheit aller dieser Teilerörterungen. Die deutsche Wirtschaft kämpft augenblicklich eine Entwicklungs- und Wiederaufbaufrage nach zwei Richtungen durch. Am Innern gilt alles Mühen dem Wiederaufbau einer normalen Wirtschaft, der Senkung der Produktionskosten und der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Viele Hemmnisse und fast unlösbar scheinende Probleme sind dabei zu bewältigen. Die Steuerlasten sind unabweisbar viel zu hoch, andererseits der Finanzbedarf von Reich, Ländern und Kommunen gewaltig und zu diesem normalen Finanzbedarf treten aus den Reparationslasten und notwendigen sozialen Pflichten, so namentlich der Verschärfung des Auswertungsproblems auf das soziale Gebiet, neue Anforderungen. Verbilligung der Steuererhebung, Vereinfachung des Steuersystems, andere Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit und Herabminderung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften, zum Teil unter Ueberführung ihrer bisherigen Aufgaben in die billiger arbeitende Privatwirtschaft, scheinen unumgänglich. Jede begründete Maßnahme stellt aber natürlich eine folgenreiche

Handlungen noch nicht soweit vorgeschritten seien, um positive Angaben über den Inhalt zu ermöglichen. Es hätten Entscheidungen festgefunden, und in der Hauptsache besteuere allgemeine Uebereinstimmung. Natürlicherweise könne keine schnelle Entscheidung erwartet werden, weil es sich um eine internationale Angelegenheit handle, die mit viel Schwierigkeiten verbunden sei. Immerhin könnten die erzielten Fortschritte als höchst zufriedenstellend angesehen werden und die Bekanntgabe der Einzelheiten des Uebereinkommens seien in kurzer Zeit zu erwarten. Die von Reuters herausgegebenen Nachrichten, wonach die Vereinigten Staaten 100 Millionen oder die Hälfte der Anleihe übernehmen würden, während der übrige Teil unter die Alliierten verteilt werden solle, sowie die Angaben über die Höhe des von England zu übernehmenden Teiles wird von dem gleichen Blatt als gute Kombination bezeichnet und nichts mehr. Nachrichten aus New York bewegen sich in gleicher Richtung. Auch hier werden alle Behauptungen, daß die Vereinigten Staaten hundert Millionen Dollar oder die Hälfte der Anleihe übernehmen, als verfrüht bezeichnet. Man beschränkt sich darauf, die bisherigen Nachrichten zu dementieren, und verweigert Auskünfte über den tatsächlichen Stand der Verhandlungen. Ein Telegramm aus Chicago vom 1. Oktober berichtet, daß die Versammlung der amerikanischen Bankiers eine Resolution angenommen hat, in welcher die amerikanische Teilnahme an der europäischen Ausführung des Dawes-Vertrages und gleichzeitig die Unterstützung der damit verbundenen Anleihe empfohlen wird. Der französische Anteil an der Anleihe wird in London und amerikanischen Bankreisen festgesetzt werden, da nach Pariser Nachrichten keine Pariser Bank offiziell an den Verhandlungen beteiligt ist.

### Die amerikanischen Bankiers für die deutsche Anleihe.

Die am 1. Oktober in Chicago tagende Jahresversammlung der American Bank Association forderte in einer Entschließung die wohlwollende Behandlung der deutschen Anleihe. In der Begründung der Forderung wird hervorgehoben, das in Amerika angehäufte Gold bedeute eine ständige Inflationsgefahr und könne nur dadurch abgebaut, daß es in andere Länder gestreckt werde. In der Entschließung wurde weiter nochmals besonders betont, daß die Wiederherstellung Europas in die Hände der internationalen Bankiers und nicht der Politiker gehöre. Die Regierung müsse auch künftige Weltkonferenzen beeinflussen, wie das in London geschehen sei.

### Erneute Regierungskrise in Sicht.

Berlin, 2. Oktober. Reichskanzler Dr. Brüning wird nach seinen Besprechungen mit den Parteiführern den Reichspräsidenten Oberst aufsuchen und ihm das Ergebnis der von ihm geführten Verhandlungen mitteilen. Wie wir hören, wird Dr. Brüning seine Bemühungen, eine Umbildung des Reichskabinetts vorzunehmen, die Ende der kommenden Woche fortsetzen. Sollte sich ergeben, daß auf der Grundlage der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Lösung keine Verständigung unter den Beteiligten zu erzielen ist, so hält Reichskanzler Dr. Brüning eine Regierungskrise für ganz unvermeidlich. Wir glauben zu wissen, daß der Reichskanzler die Regierungsparteien darauf aufmerksam gemacht hat, daß er im Falle eines Scheiterns seiner Bemühungen sich gezwungen sähe, mit dem Gesamtkabinet zurückzutreten.

träge sollen die Vorbedingungen für eine Steigerung und Entwicklung unseres Außenhandels schaffen, wie wir sie brauchen, um im verkleinerten und verarmten Vaterlande ein Sechsig-Millionen-Volk am Leben zu erhalten und die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Zugleich aber zitiert jeder der Beteiligten im Auslande vor dieser erhöhten deutschen Ausfuhr, die uns wieder zum gefährlichsten Wettbewerber der Vorkriegszeit machen und die inzwischen in den anderen Ländern mühsam großgezogenen Industrien in ihrem Bestand teilweise bedrohen würde. Keiner gönnt zudem dem andern seinen Anteil am Geschäft mit den deutschen Kunden, jeder fürchtet, mit seinem Anteil an den Reparationen zu kurz zu kommen. So sucht jeder schnell unter Einfluß aller politischen und wirtschaftlichen Rücksichten einen möglichst guten Vertrag für sich herauszuholen. Man scheidet nicht vor Repressalien aller Art zurück, schafft schnell noch Sondergesetze gegen die deutschen Waren, um Ausfuhrhindernisse zu schaffen, und läßt den ganzen aus der Kriegszeit zur Genüge bekannten Apparat ökonomischer Stimmungsmaßregeln spielen. So ergibt sich ein konzentrischer wirtschaftspolitischer Angriff auf Deutschland, der seine wirtschaftspolitische Wehrlosigkeit der letzten fünf Jahre zu verewigen treibt. Leider stehen die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft diesem Angriff nur mit sehr schwachen Waffen gegenüber. Man hat in amtlichen und privaten Kreisen die Aufgabe lange Zeit viel zu leicht genommen und es zum Beispiel veräumt, rechtzeitig an die Ausarbeitung eines wirklich genau ausgefeilten und abgewogenen Zolltarifs zu gehen. Dieser soll nur in Eile geschaffen werden, in einer Zeit dazu, wo um jede einzelne Position erbittertere Kämpfe zu führen sind als je zuvor und ein Fehlschlag bei der Wahl der Belastung verhängnisvolle Folgen zeitigen muß. Denn die zusätzliche Belastung der deutschen Wirtschaft mit Steuern und Reparationen sowie aus einem Kapitalmangel heraus, der wirtschaftliche und technische Fortschritte fast nur mit knappen und teuren ausländischen Krediten durchführen kann, belastet fast jeden Wirtschaftszweig so, daß die Förderung nach Ausgleichszöllen berechtigt erscheint. Andererseits können wir die offene Tür bei den andern nicht ohne Gegenseitigkeit verlangen und müssen den deutschen Erzeugern zumindest einen Teil dieser zusätzlichen Belastung durch geringere Gewinnkalkulation und durch Ersparnisse bei Produktion und Vertrieb wettzumachen. Die Möglichkeiten auf diesem Gebiet, die Frage des größeren Vorteils für die Gesamtwirtschaft bei Schutzzöllen oder freiem Wettbewerb mit dem Auslande sind in jedem einzelnen Falle so unklar schwer abzuschätzen, und die Entscheidung beruht in jedem Falle so wichtige Privatinteressen, daß es verständlich erscheint, wenn die Wirtschaft hierdurch in Gegensatz gerissen ist und mit allen Mitteln, oft unter Hinfüberpielung in die Politik, jede Gruppe ihre Sonderziele zu erreichen sucht. Es ist ein magerer Trost, daß wenigstens in einigen Ländern um gleiche Gegenseitigkeit begehren und unsere diplomatischen Ausläufer auf Erfolge blicken können. Um diese zu erreichen, darf man aber über der Fülle der Einzelerscheinungen nie den Rahmen im Rahmen der großen, hier aufgesetzten Gesamtprobleme aus dem Auge verlieren, die die Interessentengruppen so gern übersehen möchten.

## Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

Paris, 2. 10. Der französische Handelsminister kam in seiner Rede, die er heute vor der deutschen Delegation im Handelsministerium hielt, auch auf die Erschütterung zu sprechen, der die deutsche Wirtschaft infolge der Währungsnotlage ausgesetzt gewesen ist. Er sagte unter anderem: Wenn Frankreich auch unter der Entwertung seiner Baluta zu leiden hatte, so war diese Entwertung doch nicht von den katastrophalen Folgen, wie in Deutschland. Das Deutsche Reich hat seine wirtschaftliche Freiheit mit Grenzen umgeben, die ein Hindernis für andere Länder bedeuten, trotz seiner Balutaänderungen, von denen es sich mit einer methodischen Energie wieder erholt hat, hat Deutschland nationale Rücksicht gewahrt und sich beständig entwickelt. Seine Wirtschaftslage haben einmal ausgeglichen. Sie arbeiten mit vollem Eifer, so daß die Zahl der Arbeitsstunden, an die Frankreich sich durch internationale Abmachungen halten muß, in Deutschland überschritten werden. Diese Tatsache legt die Verpflichtung auf, einen Weg ausfindig zu machen, auf dem die Wirtschaft der beiden Länder in derselben Weise zu normaler Produktion zurückkehrt. Der Minister richtete zum Schluß seiner Ausführungen an die deutsche Delegation die Frage, ob sie wie die französische Delegation fest entschlossen ist, einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung des Warenverkehrs zu unternehmen. Die Bedingungen müßten ausschließlich durch ein definitives Abkommen festgelegt werden, oder aber es müßte vorläufig ein zeitweiliges Regime angewandt werden, das später ausgebaut und zu vervollkommen wäre.

Staatssekretär v. Trendelenburg dankte dem Handelsminister im Namen der deutschen Delegation für seine Ausführungen und kam dann auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu sprechen. Er stellt entschieden in Abrede, daß die deutsche Wirtschaft ihre alte Leistungsfähigkeit auch nur annähernd behalten habe und daß der deutsche Wettbewerb eine Gefahr für die Industrien anderer Länder bedeute. So notwendig während des Währungsnotfalls das System der Ausfuhrverbote gewesen sein mag, so geht heute Deutschland jetzt nach Stabilisierung seiner Währung bereit, von diesem System Abweichungen zu gewähren. Im Prinzip soll das System des möglichen Zollschutzes, wie es in der Vorkriegszeit bestand, nicht geändert werden. Wir erstreben das System vor allem aus der Ueberzeugung heraus, daß nur auf der Basis der Weltbegünstigung die Verpflichtung der internationalen Wirtschaft wieder hergestellt werden kann. Nur auf der Grundlage voller gegenseitiger Gleichheit ist eine wirtschaftliche Verbindung Europas zu eröffnen.